

**Die Bundesrepublik auf dem Wege  
zur Militarisierung ( 1949 - 1955 )**

**DKP**

Karl Liebknecht Schule  
Am Stadtpark 68  
5090 Leverkusen  
Telefon 02172/45418

**Serie D:  
Politische Probleme  
unserer Zeit**

**6**



**MARXISTISCHE LEHRBRIEFE**

## Inhalt

### Die Bundesrepublik auf dem Wege zur Militarisierung (1949-1955)

	Seite
Die Wiederkehr des Großkapitals	1
Wo lagen die Ursachen für das Drängen nach Waffen?	2
Generale wieder am Werk	3
Volksbefragung gegen Remilitarisierung	4
Großkapital gegen deutsche Einheit	5
Antimilitaristische Opposition wächst	6
Einschränkung demokratischer Rechte	7
Widerstand gegen die Ratifizierung der Militärverträge	8
Die Militarisierung wird Wirklichkeit	9
Neue Möglichkeiten für Frieden und Sicherheit	10
Die Paulskirchenbewegung	11
Anmerkungen	12
Literatur	13

Preis DM 1.--

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stüffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main 1, Meisengasse 11/II, Telefon: (0611) 28 04 12

Druck: HOSCH GmbH., Frankfurt a. M., Hedderheimer Landstr. 78a

## Die Wiederkehr des Großkapitals

Die Gründung der Bundesrepublik im Herbst 1949 schuf in Europa eine neue politische Lage. Das Großkapital hatte auf dem Wege von Potsdam nach Bonn <sup>1)</sup> seine politische und auch wirtschaftliche Macht, wenn auch teils noch eingeschränkt durch das Besatzungsstatut, erneuert. Nunmehr verfügte es wieder über ein eigenes staatliches Gebäude. Vertreter der großen Banken und Konzerne besetzten die Schlüsselstellungen des Staates. Die Verquickung von Großkapital und Staat erfolgte über verschiedene Wege aufs neue.

Vertreter des Großkapitals nahmen so in der Bundesregierung, in den parlamentarischen Ausschüssen und anderen öffentlichen Ämtern führende Positionen ein. Auch im Bundestag überwogen die Vertreter des Großkapitals und des Großgrundbesitzes. Direkt durch Abgeordnete im Parlament waren vertreten u.a. solche einflußreichen Monopolgesellschaften und Banken wie Thyssen (durch August Dresbach), Klöckner (durch Günter Henle), Deutsche Bank (durch Robert Pferdmenes), Commerzbank (durch Franz Etzel).

Das Monopolkapital übte seinen politischen Einfluß vor allem durch seine Spitzenorganisationen, so über den „Bundesverband der Deutschen Industrie“ (BDI), aus. Vorsitzender dieser wohl einflußreichsten Unternehmervereinigung war der Großindustrielle Fritz Berg.

Die führende Partei des Großkapitals war die Christlich Demokratische Union (CDU), an deren Wiege die einflußreichen Großindustriellen Pferdmenes, Abs und ihr politischer Vertrauter Konrad Adenauer standen, und die Christlich Soziale Union (CSU – Wirkungsbereich vornehmlich in Bayern!).

Das Großkapital in der BRD verfolgte nach der Gründung der Bundesrepublik über die CDU/CSU und die Freie Demokratische Partei (FDP) auf Sicht gesehen drei eng miteinander verknüpfte Ziele: Erstens den weiteren Ausbau der industriellen Macht; zweitens den Aufbau einer Armee und die Eingliederung (Integration) der BRD in die NATO über eine „Europa-Armee“ als Voraussetzung anvisierter politischer Stärke; drittens den Status quo zu überwinden, also die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges rückgängig zu machen, „die Sowjetzone und die Gebiete jenseits der Oder und Neisse für die Freiheit zurückzugewinnen.“ <sup>2)</sup>

Bereits die ersten offiziellen Stellungnahmen der Bundesregierung und ihre unmittelbaren politischen Schritte gaben zu erkennen, daß das Großbürgertum, nunmehr im Besitz von Staatsmacht, diesen Kurs einschlug. Es erwartete durch eine Verschärfung des kalten Krieges die Verwirklichung seiner weitreichenden Pläne. Adenauer machte daraus in seinen schriftlichen Erinnerungen kein Hehl: „Ich war der Auffassung“, so schreibt er darin, „der Gegensatz zwischen Rußland und den freien Völkern werde ständig wachsen. Es war auch für Amerika lebensnotwendig, daß ein starkes Westeuropa entstand. Hierzu war Deutschland unentbehrlich. Ein Land in Fes-



seln ist kein guter, vollwertiger Partner . . . Es lag im Interesse der Vereinigten Staaten, daß Deutschland wieder stark würde. Daher konnten die zahlreichen Diskriminierungen, wie z.B. das Ruhrstatut, das Besatzungsstatut und die Bestimmungen über unsere Entwaffnung, die sie mit sich brachten, nur vorübergehender Natur sein. . . Das waren die Leitgedanken meiner Politik gegenüber den Westmächten während all der Jahre, in denen ich Bundeskanzler war und die Richtlinien der Politik zu bestimmen hatte.“ 3)

**Dreh- und Angelpunkt der bundesdeutschen Politik wurde denn auch die Eingliederung der BRD in eine unter amerikanischer Oberhoheit stehende antisowjetisch ausgerichtete westeuropäische Staatenföderation mit der wiederaufgerüsteten BRD als Kernstück. Der Antikommunismus feierte ein Comeback. Der Haßfeldzug gegen die Sowjetunion und gegen die DDR nahm ein großes Ausmaß an. „Schon stand man wieder in der vordersten Front gegen einen absolut bösen Feind, gegen den auch Hitler gestanden hatte.“ 4)**

Jahrelang hat Adenauer seine Rolle als Wegbereiter und treibende Kraft für die Remilitarisierung der BRD bestritten. Erst ein Jahrzehnt später gestand er vor der Presse, „daß er 1950 den Alliierten einen deutschen militärischen Beitrag angeboten hatte.“ 5)

## **Wo lagen die Ursachen für das Drängen nach Waffen?**

Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang Adenauers Feststellung: „Es wurde mir (1950) klar, daß in einer Zeit, wie der unseren, Politik so viel Kraft hat, wie die Kraft bedeutet, die hinter ihr steht. Wenn man keine Kraft besitzt, kann man keine Politik machen. Ohne Kraft wird unser Wort nicht beachtet.“ 6) Deshalb machte Adenauer „die Aufstellung deutscher Streitkräfte“, nach Aussage von Franz J. Strauß, „zu einer Richtschnur seiner Politik und zu einem festen Teil seines Programms.“ 7) Die Absicht der USA, die BRD als Speerspitze in den kalten Krieg gegen die Sowjetunion und die sozialistischen Länder einzubeziehen, ja sogar aufgrund ihrer strategisch wichtigen Lage und ihres großen militärischen Reservoirs als Hauptstütze auf dem europäischen Festland auszubauen, 8) entsprach völlig dem politischen Denken Bonns. „Wir waren der Meinung“, so erläuterte 1958 Erich Mende diese Konzeption, „daß die freie Welt durch ihren Zusammenschluß und durch den Druck ihrer NATO-Klammer es erreichen könnte, daß die Sowjets sich aus Mitteldeutschland und aus den osteuropäischen Staaten zurückziehen.“ 9) Hier wird sichtbar, warum die Idee des „Vereinigten Europas“ nirgends so großen Widerhall fand wie in Bonn und weshalb Adenauer den „Europa-Gedanken“ so hartnäckig zum Leitmotiv seiner Politik erhob. Bonn erwartete durch die Mitgliedschaft in der NATO, durch ein enges Bündnis mit den USA, durch die radikale Frontstellung gegen die sozialistischen Länder eine Stärkung seiner Stellung innerhalb Europas.

Vorschläge der DDR und der Sowjetunion, die den Abschluß eines Friedensvertrages vorsahen und auf die friedliche Wiedervereinigung Deutsch-

lands ausgerichtet waren, ging Bonn aus diesem Grund immer wieder aus dem Weg. Das Nahziel der großbürgerlichen Kreise war die Wiederaufrüstung und Bewaffnung der BRD.

## Generale wieder am Werk

Adenauer selbst hatte bereits im Dezember 1948 dem ehemaligen Hitlergeneral und späteren Inspekteur der Bundeswehr, Speidel, den Auftrag gegeben, „im geheimen... eine Aufstellung über die augenblickliche Unvermeidlichkeit einer deutschen Wiederaufrüstung und ihren ungefähren Umfang und Charakter zu verfassen.“<sup>10)</sup> Zunächst aber unterlag die militärische Planung strengster Geheimhaltung. Die Öffentlichkeit wurde bewußt in die Irre geführt. „Die Bundesregierung sei fest entschlossen“, erklärte Bonn noch Ende 1949, „die Entmilitarisierung des Bundesgebietes aufrecht zu erhalten und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Neubildung irgendwelcher Streitkräfte zu verhindern.“<sup>11)</sup> Noch war die Mehrheit des deutschen Volkes gegen die Remilitarisierung der BRD. „Ein deutscher Beitrag zu einer Verteidigungsarmee war in der Bundesrepublik“, so kennzeichnet Konrad Adenauer in seinen Erinnerungen die Einstellung der Bundesbürger zur Wiederaufrüstung und -bewaffnung ja selbst, „ausgesprochen unpopulär.“<sup>12)</sup> Der Widerstand gegen eine Wiederbewaffnung der Deutschen war aber auch im übrigen Europa, das den deutschen Militarismus ja aus eigenem Erleben nur zu gut kannte, sehr stark.

Darauf nahmen die großbürgerlichen Kräfte zunächst Rücksicht. „Wir müssen sie (die deutschen Divisionen) erst einmal ins Gespräch bringen“, diese Auffassung vertrat Adenauer Ende 1948, „und dann das Weitere abwarten.“<sup>13)</sup> Genau nach dieser Maxime handelte auch der Bundeskanzler. Dabei begnügte er sich keineswegs aber mit der Rolle eines passiv abwartenden Zuschauers. Im Gegenteil! Er entwickelte selbst Initiative und schuf insgeheim vollendete Tatsachen.

Erste geheime Aussprachen über die Remilitarisierung der BRD zwischen ihm und den Hohen Kommissaren der westlichen Besatzungsmächte fanden bereits am 22. November 1949 auf dem Petersberg bei Bonn statt. Das dort vereinbarte Abkommen – es ist nie vollständig veröffentlicht worden – sah neben dem Beschluß über die Aufnahme der Bundesrepublik in den Europarat in einer Geheimklausel auch die Aufstellung einer westdeutschen Armee vor. Bereits einen Monat später setzte sich Adenauer in einem Interview einer amerikanischen Zeitschrift für die Aufstellung einer „autorisierten deutschen Streitmacht als eine Abteilung unter einem europäischen Oberkommando“ ein.<sup>14)</sup> Am 29. August 1950 übergab dann der Bundeskanzler dem amerikanischen Hochkommissar ein Geheimmemorandum. Darin sprach er sich für die Aufstellung eigener Streitkräfte im Rahmen einer „Europaarmee“ aus.<sup>15)</sup>

Dieses geheime Dokument hatte er ohne Kenntnis und ohne Wissen des Bundestages und auch der Regierung überreicht. Der jetzige Bundespräsident Dr. Heinemann, damals noch Innenminister in Bonn, trat aus Protest

über das selbstherrliche und autoritäre Vorgehen Adenauers zurück.

Die Militarisierung der BRD schritt nunmehr zügig voran. Ende September 1950 war sich der Rat der NATO „darüber einig, daß (West-) Deutschland in die Lage versetzt werden soll, einen Beitrag zum Aufbau der Verteidigung Westeuropas zu leisten“. 16) Gegenstand intensiver Beratungen wurden als Kernstück der Militarisierung in dieser Entwicklungsphase der Generalvertrag und das Europäische Verteidigungsgemeinschafts- (EVG-) Abkommen. Sie waren die vertragliche Plattform der Aufrüstung der Bundesrepublik.

## **Volksbefragung gegen Remilitarisierung**

Die Politik der Bundesregierung und die aus ihr resultierenden Schritte – Wiederaufrüstung, Eingliederung in das westliche Militärbündnis, Verhärtung und Vertiefung der Spaltung Deutschlands – stieß von Anfang an auf den Widerstand antimilitaristischer Kräfte. Es formierte sich alsbald die **Ohne-uns-Bewegung**. Anfangs war sie oftmals noch eine gefühlsmäßige und spontane Ablehnung einzelner Personen oder kleiner pazifistischer Gruppen gegen eine neue Wehrmacht. Erst Ende 1950, als die Diskussion um die Militarisierung der BRD stärker ins Rampenlicht der Öffentlichkeit rückte, gewann sie zunehmend organisatorische Gestalt und auch politische Wirkung. Die antimilitaristische Opposition schuf sich Ende Januar 1951 erstmals eine organisatorische Plattform. 1 700 Gegner der Wiederaufrüstung aus den verschiedensten Gruppierungen, so Pazifisten aus dem Bürgertum und der Kirche, Sozialdemokraten und Kommunisten, Gewerkschafter, viele junge Menschen trafen sich in Essen auf einem Friedenskongreß und forderten eine Volksbefragung über die Remilitarisierung. Dieses Stadium der antimilitaristischen Widerstandsbewegung wurde sichtbar sowohl in der Formulierung der Abstimmungsfrage: „Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951?“ als auch in der Wahl eines Vorbereitungsausschusses für die Volksabstimmung.

CDU/CSU, FDP und auch die Führung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) diffamierten diese Bewegung als eine kommunistische bzw. von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) inszenierte antimilitaristische Kampagne. Die Bundesregierung wiederum verbot am 24. April 1951 die Volksbefragung.

Nur die Kommunisten protestierten im Bundestag gegen das Verbot der Volksbefragung und unterstützten die Aktion auch außerhalb des Parlaments. Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) erklärte: „Wer das Volk daran hindern will, frei und ungehindert auszusprechen, daß es gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951 ist, der gibt damit in aller Welt zur Kenntnis, daß er selbst für die Remilitarisierung eintritt.“ 17) Die Kommunisten standen so von Anfang an in der vordersten Reihe der antimilitaristischen Opposition und bildeten auch weiterhin den Kern dieser Bewegung.

Die unterschiedlichen Strömungen des Widerstandes gegen die Aufrüstung und die Eingliederung der BRD in die NATO mündeten in die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages ein und gaben ihr Auftrieb. Diese Bewegung breitete sich trotz Verbots über das ganze Bundesgebiet aus, erfaßte Menschen aus allen Schichten, beeinflusste das politische Geschehen der Bundesrepublik. So forderten zahlreiche Gewerkschaftsgliederungen vom **Essener Außerordentlichen Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)** am 22./23. Juni 1951 konkrete Schritte gegen die Aufrüstung.

Die Breite des antimilitaristischen Widerstandes kam vor allem in der Abstimmung selbst zum Ausdruck. Die Mehrheit der Befragten war für den Abschluß eines Friedensvertrages und gegen die Remilitarisierung, so in Aachen, Bielefeld, Darmstadt, Düsseldorf, Hannover, Hamburg, Kassel, Oldenburg, im Ruhrgebiet und an der Küste. Nachdruck erhielt diese Bewegung auch durch 13 Millionen Stimmen aus der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), wo – nach Ersuchen des Hauptausschusses an die Regierung – die Volksbefragung ebenfalls stattfand.

Die Volksbefragung endete im März 1952. Nach Mitteilung des Ausschusses gaben **9 119 667 Bundesbürger** ihre Stimme für den Abschluß eines Friedensvertrages und gegen die Remilitarisierung ab. Der Druck der Volksstimmung zwang die Bundesregierung, wenn auch nur unvollständig, ihre Pläne aufzudecken und die Ratifizierung der Militärverträge hinauszuschieben.

## **Großkapital gegen deutsche Einheit**

Anfang 1952 begann ein neues Stadium des Kampfes um die Militärverträge. Schwerpunkte waren nun das Ringen um das antigewerkschaftliche Betriebsverfassungsgesetz (BVG) und das EVG-Abkommen und den Generalvertrag.

Die Verhandlungen über den konkreten Inhalt der Militärverträge wurden im Laufe des Jahres 1951 weitgehend abgeschlossen und, wie „Die Welt“ am 4. September 1951 schrieb, „im deutschen Sinne entschieden“. Die **Washingtoner Konferenz der westlichen Außenminister** (10. bis 14. September 1951) präziserte diese Vereinbarungen und einigte sich über alle wesentlichen militärischen und politischen Probleme des Vertragswerkes. Ende November 1951 fand dann die abschließende Beratung der Westmächte und der Bundesregierung über den **Generalvertrag in Paris** statt. Dort wurde der Vertragsentwurf „vorbehaltlich der endgültigen Bestätigung durch ihre Regierung“ gebilligt. Er enthielt konkrete Vereinbarungen der Westmächte und der BRD über die politische und militärische Struktur der EVG und richtete neue Hindernisse gegen die Wiedervereinigung Deutschlands auf. 18)

Nüchterne Politiker aus bürgerlichen Parteien, so **Thomas Dehler**, der lange Jahre selbst Minister in der Bundesregierung war, die Sachlage also aus

nächster Nähe einzuschätzen vermochte, beurteilten Adenauers Politik als unreal, ja verhängnisvoll für die deutsche Nation. „Es müsse Adenauer angelastet werden“, zu diesem Urteil kam Dehler 1965, „daß ihm die deutsche Einheit niemals ein Anliegen war! Schon in den Jahren 1952 und 1953, als reale Chancen zur Lösung der deutschen Frage bestanden, habe Adenauer alles getan, daß über derartige Vorschläge wie etwa Verzicht auf die EVG und dafür freie Wahlen, nicht verhandelt wurde.“ 19)

Bereits am 10. März 1952 hatte die Sowjetunion in einer Note an die Bundesregierung vorgeschlagen, Deutschland wieder zu vereinigen, und zwar sollte eine deutsche Regierung, hervorgegangen aus freien gesamtdeutschen Wahlen, kontrolliert von den Besatzungsmächten, an der Ausarbeitung vertraglicher Grundlagen für den Status eines einheitlichen, neutralen deutschen Staates mitwirken. Zugleich wurde Deutschland das Recht auf nationale Streitkräfte zugestanden. Bedingung dafür war allerdings eine militärische Neutralität und Blockfreiheit.

Trotz Forderung der KPD-Fraktion, über dieses großzügige Angebot in Verhandlungen einzutreten und der SPD-Bundestagsfraktion „nach erster Prüfung der Note der Sowjetregierung vom 10. März 1952 und nach Ausnutzung jeder Verhandlungsmöglichkeit“ 20) blieben die sowjetischen Vorschläge „unausgelotet, weil“ – wie der jetzige Bundespräsident Gustav Heinemann Bonns Haltung rückblickend einschätzte – „die Bundesrepublik unter allen Umständen in die NATO hinein sollte.“ 21)

Tatsächlich war des Kanzlers Position zu den Vorschlägen „von Anfang an unerschütterlich fixiert. Kein Angebot der Sowjetunion, wäre es auch noch so entgegenkommend gewesen“, so urteilte Thomas Dehler später, „konnte sie bewegen“. 22) Adenauer wandte sogar nach Ansicht Sebastian Haffners „seine ganze Gewandtheit auf, um Verhandlungen über das russische Angebot zu verhindern, und als sie sich nicht mehr verhindern ließen, sie zum Scheitern zu bringen“. 23)

## **Antimilitaristische Opposition wächst**

Presseberichte über den Inhalt der Militärverträge entfachten aufs neue Protestaktionen, Demonstrationen und Warnstreiks, die sich wie das erste Donnernrollen eines aufziehenden Gewitters anhörten. Die Arbeiterschaft trat jetzt umfassender und entschlossener in Aktion. Warnstreiks waren keine Seltenheit. Belegschaften von Großbetrieben verurteilten die Wehrgesetze und forderten von ihrer gewerkschaftlichen Führung den Einsatz wirksamer Kampfmittel. Zugleich bildeten sich in den Schächten und Betrieben Ausschüsse gegen die Remilitarisierung. Diese Stufe des antimilitaristischen Widerstandes war insbesondere durch drei Merkmale gekennzeichnet: Erstens nahm die Aktivität der Arbeiterklasse gegen die vorgesehene Ratifizierung der Militärverträge im Zusammenhang mit dem Betriebsverfassungsgesetz sprunghaft zu; zweitens wurde die Basis der antimilitaristischen Opposition durch eine gewisse Konzentration der Kräfte in der Deutschen Sammlung stabiler; drittens nahm die Bewegung gegen die



## **Remilitarisierung nunmehr zielstrebig Kurs auf die Verhinderung der Annahme der Militärverträge im Bundestag.**

Nunmehr warnte die Führungsspitze des DGB, unter dem Eindruck starker Proteste aus den eigenen Reihen, vor Schritten, „die dem Wiedererstehen des alten, uns in seinen verhängnisvollen Auswirkungen bekannten Militarismus dienen können und vor jeder aggressiven Außenpolitik“. <sup>24)</sup> Die DGB-Spitze wich allerdings immer noch einer klaren Entscheidung für oder wider die Remilitarisierung aus. Aber auch von den sozialdemokratischen Führungskräften wurde der Wille vieler Mitglieder und Anhänger, gegen die Remilitarisierung zu kämpfen, oft in falsche Bahnen gelenkt; vor allem schwächte die Ablehnung außerparlamentarischer Aktionen und der militante Antikommunismus innerhalb der SPD die antimilitaristische Bewegung. Nach wie vor lehnte die SPD- und auch DGB-Führung die Aktionsgemeinschaft mit der KPD gegen Generalvertrag und EVG-Abkommen ab.

Ungeachtet dessen stand der 1. Mai 1952 ganz im Zeichen antimilitaristischer Aktionen. Millionen Arbeiter und Angestellte verurteilten an diesem Tag in Umzügen, auf Kundgebungen, durch Spruchbänder und Transparente, in Sprechchören und Reden die Militarisierung der BRD.

## **Einschränkung demokratischer Rechte**

Die Adenauer-Regierung ließ in dieser Zeit zur Sicherung ihrer Macht eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen zur Einschränkung der demokratischen Rechte des Volkes – so das Betriebsverfassungsgesetz (BVG), das Treuepflichtgesetz, das Strafrechtsänderungsgesetz (Blitzgesetz), das Verbot der Freien Deutschen Jugend (FDJ) und den Antrag auf ein Verbot der KPD – beide Organisationen unterstützten aktiv und kompromißlos den Kampf gegen die Remilitarisierung der BRD. Gleichzeitig übte der Staat mehr Druck auf die antimilitaristische Opposition durch verstärkten Einsatz von Polizei aus.

Die innenpolitische Lage spitzte sich insbesondere im Mai-Juni 1952 zu. Damals erfolgte zunächst der Angriff der CDU/CSU und FDP auf die Rechte der Arbeiter in den Betrieben durch das BVG. Zum anderen unterzeichnete Adenauer den Generalvertrag und das EVG-Abkommen.

Die Mehrheit der Arbeiterschaft rang in dieser Zeit um ein fortschrittliches Betriebsverfassungsgesetz – insgesamt streikten und demonstrierten für dieses Ziel 2,5 Millionen Arbeiter und Angestellte. Die Aktionen gingen in der Hauptsache vom DGB aus. Er hatte zum Kampf „für ein fortschrittliches Betriebsverfassungsgesetz als Grundlage der demokratischen Ordnung in Wirtschaft und Verwaltung“ <sup>25)</sup> aufgerufen. Das Echo auf diesen Aufruf war stark. Die IG Druck und Papier bestreikte so am 27./28. Mai 1952 aus Protest gegen das BVG alle Zeitungsdruckereien.

Leider aber trat der Bundesvorstand des DGB sehr bald den Rückzug an. Zunächst schwächte er die Aktionen durch die Isolierung der Bewegung

gegen das BVG vom Widerstand gegen die Militärverträge. Im Juni 1952 stellte er dann den Kampf gegen das BVG ganz ein. Diese Haltung erleichterte dem Großkapital die Durchsetzung seines Standpunktes und führte zur Annahme des BVG im Bundestag .

Viele Arbeiter verurteilten die Haltung des DGB. Aber auch große Teile gaben aus Enttäuschung heraus den Widerstand gegen das BVG auf. Deshalb ebten die Kämpfe um das antigewerkschaftliche Gesetz rasch ab.

## **Widerstand gegen die Ratifizierung der Militärverträge**

Nunmehr rückten wieder die Militärverträge in den Vordergrund des politischen Geschehens. Noch hatte der Bundestag den Generalvertrag und das EVG-Abkommen nicht ratifiziert. Gegen diese Absicht richteten sich jetzt die Aktionen, die durch Kräfte aus dem Bürgertum Verstärkung erhielten. Die Gegner der Remilitarisierung aus unterschiedlichen Lagern, so der „Arbeitskreis für deutsche Verständigung, für einen gerechten Friedensvertrag mit Deutschland“, die „Notgemeinschaft für den Frieden Europas“, die „Darmstädter Aktionsgruppe gegen die Remilitarisierung“, der „Nauheimer Kreis“ und andere, vereinigten sich in der „**Deutschen Sammlung**“. Diese Vereinigung forderte die Durchführung eines Volksentscheids über die Militärverträge. Das Echo auf diese Forderung war breit und reichte bis in die SPD.

Der Parteivorstand der SPD trat im Gegensatz zu dieser Bewegung nunmehr für Neuwahlen des Bundestages ein. Er wollte auf diesem Wege eine parlamentarische Mehrheit erreichen und dann seine Vorstellungen über die Militärverträge durchsetzen. Nach wie vor verweigerte er Aktionen außerhalb des Parlaments seine Unterstützung. Die SPD verurteilte auf ihrem Parteitag in Dortmund (24. bis 28.9.1952) nochmals ausdrücklich die Militärverträge in der vorhandenen Form und versprach ihren Anhängern mehr Aktivität im Kampf gegen die Ratifizierung der Militärverträge. 26)

Die Einwände der SPD gegen Adenauers Wehrkonzept waren jedoch von Anfang an nicht prinzipieller Art. Die SPD stimmte grundsätzlich Rüstungsmaßnahmen zu und beschwor wie die CDU/CSU das Gespenst von der „tödlichen Gefahr der sowjetischen Politik für Europa“. 27) Führende Sozialdemokraten wollten „den Westen militärisch genügend stark machen gegen mögliche Angriffe und“, hier im Gegensatz zur CDU/CSU, „gleichzeitig das Tor zu Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Wiedervereinigung nicht zuschlagen“. 28) Das war die Grundposition der SPD-Führungskräfte. Von dieser Einstellung aus konkretisierten sie ihre Haltung zu den Militärverträgen. Dieselbe Haltung nahmen die DGB-Führungskräfte auf dem 2. Ordentlichen Bundeskongreß des DGB in Westberlin (13. bis 17. Oktober 1952) ein.

Die Haltung der beiden großen Arbeiterorganisationen SPD und DGB zur Wehrfrage ermunterte die CDU/CSU und FDP am 19. März 1953 zur Rati-

**fizierung der Militärverträge im Parlament gegen die Stimmen der KPD und SPD sowie des Zentrums und einiger unabhängiger Bundestagsabgeordneter.**

## **Die Militarisierung wird Wirklichkeit**

Eine große Rolle spielten in dieser Phase der Auseinandersetzung für oder wider die Remilitarisierung zwei Ereignisse: Die Wahlen zum Bundestag im September 1953 und die Abstimmungen über die Militärverträge in den Parlamenten Frankreichs und Italiens.

Das Großkapital hatte über CDU/CSU und ihre Massenmedien sowie andere Instrumente alle reaktionären Kräfte mobilisiert für den Wahlkampf. Es gab Millionen Mark für den Feldzug um die Gunst des Wählers aus. Das „Gespenst des Bolschewismus“ ging wieder einmal um und verschreckte den Bundesbürger. Die Mehrheit im Volk gab denn auch den großbürgerlichen Parteien CDU/CSU und FDP ihre Stimmen. Adenauer wertete natürlich dieses Ergebnis als ein Votum zur Militarisierung. Die Annahme der Militärverträge im Bundestag schien nunmehr durch die eindeutigen Mehrheitsverhältnisse für CDU/CSU und FDP nur noch eine formale Angelegenheit zu sein. Adenauer machte triumphierend daraus auch nach der Wahl keinen Hehl.

Die Gefahr für die Ratifizierung der Militärverträge kam aus dem Ausland. **Die Parlamente in Italien und vor allem in Frankreich lehnten mit Mehrheit die Ratifizierung des EVG-Vertrages ab.** Darin war die Aufstellung einer starken westdeutschen Armee von 500 000 Mann vorgesehen. Dagegen war die Mehrheit im französischen Parlament. Der entscheidende Druck war von der Kommunistischen Partei Frankreichs und den französischen Gewerkschaften (CGT) ausgegangen.

Die Entscheidung der französischen Nationalversammlung gegen EVG- und Generalvertrag löste vorübergehend einen Schock aus. Der damalige amerikanische Außenminister John Foster Dulles verlangte schon einen Tag nach dem Scheitern der Militärverträge die sofortige Einberufung des NATO-Rates, um „neue Lösungen“ auszuarbeiten. Gleichfalls verärgert reagierte Adenauer. Bonn forderte kategorisch „unverzügliche Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien“<sup>29</sup> über das Schicksal der Militärverträge.

Die USA übten gleichzeitig auch starken wirtschaftlichen Druck auf Frankreich aus. Frankreich gab diesem Druck nach und stimmte schließlich im Herbst 1954 veränderten Vorschlägen zur Militarisierung der BRD und ihrer Eingliederung in die NATO zu – verankert in den **Pariser und Bonner Verträgen**. Diese Verträge regelten die militärische Stärke der BRD innerhalb der NATO und ihre politische Stellung im westlichen Militärpakt. **Die Bundesrepublik wurde danach endgültig als Hauptaufmarschgebiet der NATO in Europa vorgesehen.**

Schon die Ankündigung über neue Verhandlungen mit dem Ziel der Veränderung der Militärverträge löste intensive Widerstandsaktionen in der BRD aus. So stand der **3. Ordentliche Bundeskongreß des DGB** (4. bis 9.10.1954 in Frankfurt am Main) ganz im Zeichen des Protestes gegen die „festgelegte Wiederaufrüstung und Bildung einer deutschen Armee.“<sup>30)</sup> Die Delegierten verlangten vom DGB wirksame Maßnahmen gegen die Militärverträge und konkrete Schritte für die Wiedervereinigung Deutschlands. „Der Bundeskongreß lehnt jeden Wehrbeitrag ab“, erklärte der DGB, „so lange nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind, mit dem Ziel, eine Verständigung der Völker untereinander herbeizuführen, und die Einheit Deutschlands wieder hergestellt ist.“<sup>31)</sup> Dieser Kongreß war der Ausgangspunkt vieler gewerkschaftlicher Aktionen gegen die Pariser Verträge und wirkte stark in die SPD hinein.

Die Mehrheit der Sozialdemokraten verurteilte nach wie vor die Militarisierung der BRD und forderte von ihrem Vorstand wirksame Aktionen gegen die Militärverträge. Vorstand und andere führende Gremien der SPD warnten aufgrund des Druckes von unten schließlich im Dezember 1954 offiziell „vor dem verhängnisvollen Versuch, durch die Ratifikation der Pariser Verträge militärische Tatsachen zu schaffen, durch die für lange Zeit der Weg zu einer Verständigung der vier Besatzungsmächte über die friedliche Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gesperrt würde.“<sup>32)</sup> Die SPD bekannte sich gleichfalls „vorbehaltlos zu einer Politik der Entspannung der internationalen Gegensätze und zur friedlichen Regelung aller Streitfragen.“<sup>33)</sup> Schließlich erwog die sozialdemokratische Führung – unter dem Eindruck der anwachsenden Bewegung – nunmehr auch außerhalb des Parlaments gegen die Politik der CDU/CSU und FDP zu wirken. Die SPD „wird auch außerhalb des Parlaments alles einsetzen“, so schrieb der „Neue Vorwärts“, „um diese Forderung, zu der sich im Hinblick auf den Ernst der Lage alle Freunde der deutschen Einheit und des Friedens bekennen müssen, Nachdruck zu verleihen.“<sup>34)</sup>

Die KPD wandte sich auf ihrem **Hamburger Parteitag** (28. bis 30.12.1954) in einem Manifest erneut an die SPD und rief in ihm zu gemeinsamen Aktionen gegen die Militärverträge auf. Darin hieß es: „Ihr fordert eine Politik der Verständigung und der friedlichen Verhandlungen. Dasselbe tun wir! ... Ihr sprecht gegen aggressive Militärpakete und seid für kollektive Sicherheit in Europa, wir wollen das gemeinsam durchsetzen. Was und wer kann Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Kommunisten daran hindern, diese richtige Politik im gemeinsamen Handeln in die Tat umzusetzen?“<sup>35)</sup>

## **Neue Möglichkeiten für Frieden und Sicherheit**

Die Regierung der DDR schlug um die Wende 1954/55 der Bundesregierung erneut gesamtdeutsche Gespräche vor und erklärte, „alle Schritte zu unterstützen, die der Herbeiführung einer Verständigung dienen“. Sie warnte auch davor, die Wiederaufrüstung und Eingliederung der Bundesrepublik in den Militärpakt der Westmächte auf Umwegen einzuschlagen. Die

Remilitarisierung sei in jeder Form „für das deutsche Volk unannehmbar, denn sie macht die Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich und gefährdet den europäischen Frieden.“<sup>36)</sup> Die DDR ging bei ihren Vorschlägen davon aus, „die beiden deutschen Staaten auf demokratischer Grundlage zu vereinigen und einen Friedensvertrag, der mit dem Abzug aller ausländischen Truppen aus Deutschland verbunden sein sollte, herbeizuführen.“<sup>37)</sup> Als Alternative schlug die DDR ein System kollektiver Sicherheit in Europa vor und die Neutralisierung Deutschlands. Die Sowjetunion wiederum erklärte auch ihre Bereitschaft zu Verhandlungen über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, über gesamtdeutsche Wahlen, über den Abzug der Besatzungstruppen und über die Durchführung einer Konferenz zur Schaffung eines europäischen Systems kollektiver Sicherheit.

Die Westmächte und die Bundesregierung gingen auf die Vorschläge der UdSSR und der DDR nicht ein. Stur hielten sie im Zusammenwirken mit der Adenauer-Regierung Kurs auf die Remilitarisierung der BRD.

## Die Paulskirchenbewegung

Ende Januar 1955 riefen Erich Ollenhauer, Vorsitzender der SPD, und Georg Reuther, stellvertretender Vorsitzender des DGB, zusammen mit Persönlichkeiten aus der Öffentlichkeit, wie Prof. Dr. Alfred Weber und Professor D. Gollwitzer, zu einer Großkundgebung gegen die Pariser und Bonner Verträge in der historischen Stätte der Frankfurter Paulskirche auf. Die Teilnehmer dieses eindrucksvollen Treffens drückten in einem Deutschen Manifest ihren Willen zur Einheit und Frieden in Deutschland aus. Darin hieß es: „Aus ernster Sorge um die Wiedervereinigung Deutschlands sind wir überzeugt, daß jetzt die Stunde gekommen ist, Volk und Regierung in feierlicher Form zu entschlossenem Widerstand gegen die sich immer stärker abzeichnenden Tendenzen einer endgültigen Zerreißung unseres Volkes aufzurufen. Die Antwort auf die deutsche Schicksalsfrage der Gegenwart – ob unser Volk in Frieden und Freiheit wiedervereinigt werden kann, oder ob es in dem unnatürlichen Zustand der staatlichen Aufspaltung und einer fortschreitenden menschlichen Entfremdung leben muß – hängt heute in erster Linie von der Entscheidung über die Pariser Verträge ab.“<sup>38)</sup> Diese Veranstaltung wurde zum Auftakt einer breiten Volksbewegung, von der das SPD-Zentralorgan „Vorwärts“ damals schrieb, von ihr könne „der Anstoß zu einer Wende des deutschen Schicksals ausgehen.“<sup>39)</sup>

Die Paulskirchenbewegung dehnte sich rasch über das ganze Bundesgebiet aus, führte zur Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten, erreichte einen großen Grad von Breite und Ausdehnung von Aktionen. Die Bewegung drohte die militärischen Pläne ernsthaft zu gefährden. Da lenkten die an der Spitze der Paulskirchenbewegung stehenden Sozialdemokraten die Aktionen in weniger gefährliche Bahnen und beschränkten ihren Widerstand gegen die Adenauer-Politik lediglich auf Unterschriftensammlungen, kleinere Meetings, auf papiernen Protest. Die SPD „hielt es für gefährlich“, so betonte Herbert Wehner später die Haltung der deut-

schen Sozialdemokratie, „Stimmung zu wecken und Personen zu sammeln, mit denen die Sozialdemokratie dann von einem bestimmten Punkt an dann gar nicht mehr weiterkonnte.“<sup>40</sup>) Die Umkehr der SPD und auch der führenden Männer aus dem DGB brach der Bewegung schließlich das Rückgrat.

Ermutigt durch die Verhaltensweise der SPD- und DGB-Führer ratifizierte eine CDU/CSU- und FDP-Mehrheit schließlich am 27. Februar 1955 im Bundestag die Militärverträge. Damit war die Entscheidung über „die deutsche Schicksalsfrage“ zugunsten „der staatlichen Aufspaltung und einer fortschreitenden menschlichen Entfremdung“ – wie es im Deutschen Manifest hieß – gefallen. Die Bundesrepublik wurde zügig aufgerüstet und Mitglied der NATO. Der Graben mitten durch Deutschland war durch die Eingliederung der BRD in den Westblock tiefer geworden. Der Widerstand gegen die Remilitarisierung ebte langsam ab. Seine Schwächen bestanden, trotz guter Ansätze und hervorragender Beispiele, vor allem in der Zersplitterung der antimilitaristischen Kräfte, insbesondere aber der Arbeiterbewegung. Trotzdem hatte er jahrelang die Militarisierung verzögert und schuf wichtige Traditionen im Volk, lebte später weiter im Kampf gegen die Atomrüstung und gegen die Notstandsgesetze.

## Anmerkungen

- 1 Vgl. Marxistischer Lehrbrief, „Von Potsdam nach Bonn – Wie wurde Deutschland gespalten?“, Serie D, Nr. 2
- 2 Konrad Adenauer, Erinnerungen 1949 bis 1953, Stuttgart 1965, S. 382
- 3 Ebenda, S. 235 f.
- 4 Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, Heft 3/1964
- 5 Süddeutsche Zeitung, München, 7.1.1960
- 6 Ebenda
- 7 Ebenda
- 8 Vgl. H. Truman, Memoiren, Bd. 2, Stuttgart 1955, S. 284
- 9 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, Bd. 39, Bonn 1959, S. 6 918
- 10 Dokumentation der Zeit (DDR), Berlin 1952, Spalte 1/1950
- 11 Bundesanzeiger, Bonn 1949, Nr. 28
- 12 Konrad Adenauer, a.a.O., S. 385
- 13 Der Spiegel, Hamburg, 9.10.1963, S. 66
- 14 Cleveland Plain Dealer vom 4.12.1949
- 15 Vgl. Europa-Archiv, Folge 24/1950, S. 3 581
- 16 Archiv der Gegenwart, 27.9.1950, S. 2 601
- 17 Vier Jahre Bundestag, Handbuch der Bundestagsfraktion der KPD, Oppau 1953, S. 185
- 18 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, I. Wahlperiode 1949, Stenographische Berichte, Bd. 9, Bonn 1951, S. 6 930
- 19 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.3.1965
- 20 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, I. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bd. 12, Bonn 1952, S. 8 754



- 21 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.11.1963
- 22 Ebenda vom 9.12.1963
- 23 Stern, Hamburg, 24.12.1967, S. 123 f.
- 24 Die Quelle, Köln 1952, Heft 2, S. 57
- 25 Welt der Arbeit, Köln, 16.5.1952
- 26 Vgl. Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der SPD vom 24. bis 28.9.1952 in Dortmund, S. 39-41
- 27 Jahrbuch der SPD, o.O., 1952/53, S. 205
- 28 Willi Eichler, 100 Jahre Sozialdemokratie, Bonn 1962, S. 76
- 29 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, II. Wahlperiode 1953, Stenographische Berichte, Band 21, Bonn 1954, S. 2 228
- 30 Protokoll des 3. Ordentlichen Bundeskongresses, Frankfurt am Main, 4. bis 9.10.1954, DGB, o.O., o.J., S. 806-811
- 31 Ebenda
- 32 Jahrbuch der SPD, Herausgegeben vom Vorstand der SPD, Hannover/Bonn, o.J., S. 330
- 33 Ebenda
- 34 Neuer Vorwärts, Hannover, 17.12.1954
- 35 Freies Volk, Düsseldorf, 1.1.1955
- 36 Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der DDR, Band 2, Berlin 1955, S. 37/38
- 37 Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin 1967, Heft 4, S. 598
- 38 Vorwärts, Hannover, 4.2.1955
- 39 Ebenda
- 40 Günter Gaus, Staatserhaltende Opposition, oder: Hat die SPD kapituliert? Reinbek 1966, Rororo, Band 942, S. 26

## Literatur

- Fritz Krause, Antimilitaristische Opposition in der BRD (1949–1955), Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1971
- Pawel Naumow, Bonn – Macht und Ohnmacht, Röderberg-Verlag, Frankfurt am Main, 1968
- Hans Karl Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln, 1970
- Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 7, Dietz-Verlag, Berlin, 1966
- Sozialdemokratie und Bundeswehr, Verlag J.H.W. Dietz-Nachfolger, Berlin/Hannover, 1957

## **Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in 15 Kapiteln**

Hrsg.: Institut für Marxismus-Leninismus  
beim ZK der SED

- Kapitel I** – Von den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung bis 1849; 167 S., Broschur 1,40 DM
- Kapitel II** – Von 1849 bis 1871; 150 S., Broschur 1,00 DM
- Kapitel III** – Von 1871 bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts; 192 S., Broschur 1,20 DM
- Kapitel IV** – Vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis 1914; 216 S., Broschur 1,40 DM
- Kapitel V** – Von 1914 bis 1917; 136 S., Broschur 1,00 DM
- Kapitel VI** – Vom November 1917 bis Januar 1919; 208 S., Broschur 1,20 DM
- Kapitel VII** – Vom Januar 1919 bis Ende 1923; 256 S., Broschur 1,40 DM
- Kapitel VIII** – Von 1924 bis Herbst 1929; 224 S., Broschur 1,40 DM
- Kapitel IX** – Vom Herbst 1929 bis Januar 1933; 200 S., Broschur 1,20 DM
- Kapitel X** – Vom Januar 1933 bis August 1939; 252 S., Broschur 1,40 DM
- Kapitel XI** – Vom September 1939 bis Mai 1945; 224 S., Broschur 1,40 DM
- Kapitel XII** – Vom Mai 1945 bis 1949; 360 S., Broschur 2,20 DM
- Kapitel XIII** – Von 1949 bis 1955; 338 S., Broschur 2,20 DM
- Kapitel XIV** – Von 1956 bis 1961; 314 S., Broschur 1,80 DM
- Kapitel XV** – Ende 1961 bis Anfang 1963; 144 S., Broschur 1,00 DM



**DIETZ VERLAG BERLIN**

Deutsche Demokratische Republik

DDR – 1025 Berlin, Wallstraße 76–79

## **Handbuch der Verträge 1871 – 1964**

Herausgegeben von H. Stoecker

1969, 787 Seiten, Leinen, 24,- DM

Im Gegensatz zu anderen anerkannten Werken ähnlicher Thematik, in denen die Dokumente vorwiegend in kommentierender Form wiedergegeben werden, bringt das Handbuch die Verträge und Abkommen original im Wortlaut.

### **Fall 3**

**Der Juristenprozeß**

Herausgegeben von P. A. Steiniger und K. Leszcynski

1969, 316 Seiten, Leinen, 28,60 DM

Mit diesem Titel wird die Veröffentlichung von Dokumenten der Nachfolgeprozesse fortgesetzt. Den Dokumenten – Urteil mit Urteilsbegründung und Auszügen aus dem Plädoyer der Anklage – ist eine Einleitung von Prof. Dr. Steiniger vorangestellt, welche die völkerrechtliche und politische Bedeutung des Prozesses beleuchtet.

J. A. Brodski

### **Die Lebenden kämpfen**

Die illegalen Organisationen

„Brüderliche Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen“ (BSW)

Übersetzung aus dem Russischen

1968, 252 Seiten, celloph. Pappband, 8,40 DM

Unter unvorstellbaren Bedingungen gründeten sowjetische Kriegsgefangene 1943 in einem Lager in München eine Widerstandsgruppe, deren Verbindungen bis zur Antinazistischen Deutschen Volksfront in Süddeutschland reichte. 94 kriegsgefangene sowjetische Offiziere wurden ein Jahr später durch die Gestapo ermordet. Vor ihrem Tod baten sie ihre Genossen: „Berichtet der Heimat von uns.“ – Lesen Sie diesen Bericht, mit dem der Autor jenen in Deutschland fast unbekanntem Helden ein würdiges Denkmal setzt.

Bestellungen richten Sie bitte an den Buchhandel oder an die Firma Deutscher Buch-Export und -Import GmbH, DDR – 701 Leipzig, Leninstraße 16



**VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften**

DDR – 108 Berlin, PSF 1216

Deutsche Demokratische Republik

## **Marxistische Blätter**

Die „Marxistischen Blätter“ sind eine Zweimonatszeitschrift für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Sie erscheint bereits im 8. Jahrgang. Der Umfang jeder Ausgabe liegt zwischen 86 und 106 Seiten.

Die Zeitschrift behandelt Schwerpunkt-Themen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, Lehre, Entwicklung und Anwendung des wissenschaftlichen Sozialismus in den einzelnen Ausgaben.

Sie bringt Berichte über wissenschaftliche Tagungen und politische Konferenzen, und es werden wichtige Neuerscheinungen wissenschaftlicher und politischer Literatur ausführlich besprochen.

**Die Autoren sind bekannte Praktiker und Theoretiker der internationalen Arbeiterbewegung.**

Beiträge für die Marxistischen Blätter schrieben bisher so namhafte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik wie A. Berg (Moskau), J. Duclos (Paris), S. Segre (Rom), J.D. Bernal (London), H. Aptheker (New York), F. Castro (Havanna), E. März (Wien), G. Klaus (Berlin), W. Abendroth, W. Hofmann (Marburg), M. Reimann (Essen), J. Schleifstein (Köln) u.a.

### **Themen des Jahrgangs 1970:**

- Heft 1 Neofaschismus und Rechtsentwicklung in der BRD**
- Heft 2 Probleme der Prognose und Futurologie**
- Heft 3 Eigentumsverhältnisse und Vermögensbildung**
- Heft 4 Die Sozialdemokratie im Spätkapitalismus**
- Heft 5 Friedrich Engels / Zu ökonomischen Problemen in der BRD**
- Heft 6 Weltstrategie des Imperialismus – antiimperialistischer Kampf**

### **Themen des Jahrgangs 1971:**

- Heft 1 Gewerkschaften im Spätkapitalismus**
- Heft 2 Probleme der europäischen Sicherheit**



**VERLAG  
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH  
6 Frankfurt am Main, Meisengasse 11**





## Reihe: Sozialistische Klassiker

- K. Marx: Kritik des Gothaer Programms  
F. Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie  
F. Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft  
F. Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates  
W.I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus  
W.I. Lenin: Staat und Revolution  
W.I. Lenin: Marx / Engels / Marxismus  
W.I. Lenin: Was tun?  
W.I. Lenin/  
K. Liebknecht: Militarismus – Antimilitarismus

## Reihe: Marxismus aktuell

- H. Schäfer: Lohn, Preis und Profit heute  
W. Schellenberg: Wie lese ich das Kapital?  
F. Schuster: Die September-Streiks. Auf den Arbeiter kommt es an!  
Autorenkollektiv: Lenin und die Arbeiterbewegung heute  
F. Krause: Arbeitereinheit rettet die Republik (Kapp-Putsch 1920)  
Autorenkollektiv: Spätkapitalismus ohne Perspektive  
Heiseler/  
Schleifstein: Lenin über Trotzki  
L. Salini: Frankreichs Arbeiter – Mai 1968  
Heiseler/Schleifstein: Die „Frankfurter Schule“ im Lichte des Marxismus  
Steigerwald:  
W. Hollitscher: Aggression im Menschenbild  
M. Conforth: Marxistische Wissenschaft – Antimarxistisches Dogma  
H. Adamo: Antileninismus in der BRD  
Autorenkollektiv: Leninismus und die Gegenwart  
Scheringer/Sprenger: Arbeiter und Bauern gegen Bosse und Banken  
Bartel u.a.: Revolutionäre Sozialdemokratie und Reichsgründung 1871  
F. Krause: Antimilitaristische Opposition in der BRD (1949-55)



VERLAG  
MARXISTISCHE BLÄTTER GmbH  
6 Frankfurt/Main, Meisengasse 11